

- Blockschema des Prozesses und Einschätzung der Meßtechnik am Objekt (bei vorhandenen Anlagen);
 - Angaben über statisches und dynamisches Verhalten der Prozesse;
 - Stand der technologischen Vorklärung am Objekt;
 - Kennzeichnung des Umfanges, den der Rechner übernehmen soll (Bilanzierung, Grenzwertkontrolle, Steuerungsaufgaben);
 - Angaben darüber, ob Parallelobjekte in der Deutschen Demokratischen Republik existieren oder aufgebaut werden;
 - Angaben über vergleichbare Objekte im In- und Ausland.
- 3.2 Planung des Anlagensystems und Angaben zur Projektierung
- Hierzu gehören Angaben wie
- vorgesehene Anlage (Begründung des Mindestumfanges in der Leistung, Kennzeichnung der erforderlichen Peripherie);
 - Raumplanung und Projektierungsmaßnahmen.
- 3.3 Nutzeffektnachweis
- Nachweis bzw. Einschätzung der Investitionskosten, untergliedert in Kosten für die Einsatzvorbereitung sowie Projektierungs-, Bau- und Ausrüstungskosten auf Grund von Angeboten. Angaben über die vorgesehenen Finanzierungsquellen.
 - Darstellung der ökonomischen Ergebnisse wie
 - Einsparung an Kosten,
 - Einsparung an Arbeitskräften,
 - Einsparung an Material,
 - Steigerung der Arbeitsproduktivität,
 - Verbesserung der Qualität der Produkte bzw. der Dienstleistung u. a.;
 - Angaben über die Rückflußdauer des Vorhabens;
 - Gesamteinschätzung für den Nachweis des Vorhabens (volkswirtschaftlicher Nutzen und Darstellung des nicht meßbaren Nutzens).
- 3.4 Nachweis über die Nutzung vorhandener Erfahrungen bei der Vorbereitung des Einsatzes elektronischer Rechen- und Datenverarbeitungsanlagen.
- Erfahrungen anderer Rechenzentren, Institute usw. einschließlich der dort vorhandenen

Qualifizierungsmöglichkeiten sind bei der Einsatzvorbereitung zu nutzen.

Das Testen von Programmen in Rechenstationen, die mit importierten elektronischen Datenverarbeitungsanlagen ausgerüstet sind, ist vertraglich zu sichern.

Anordnung Nr. 2* zur Verordnung über die Erweiterung des Versicherungsschutzes bei Unfällen.

Vom 16. Juni 1965

Auf Grund des § 9 Abs. 2 der Verordnung vom 15. März 1962 über die Erweiterung des Versicherungsschutzes bei Unfällen (GBl. II S. 123) in der Fassung des § 6 der Verordnung vom 5. Dezember 1963 über die Änderung gesetzlicher Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung (GBl. II 1964 S. 14) wird im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes folgendes angeordnet:

§ 1

Ziff. 6 der Anlage zur Verordnung erhält folgende Fassung:

- „6. a) Berufsausbildung von Ober- der Betriebs-
schülern nach der Verordnung leiter
vom 3. November 1964 über
Entgelt und Versicherungs-
schutz für Oberschüler wäh-
rend der beruflichen Ausbil-
dung (GBl. II S. 887),
- b) Tätigkeiten, die von Studenten der* für die
und Oberschülern während der Tätigkeit
Semester- bzw. Schulferien verantwort-
ausgeübt werden, wenn für liehe Leiter
diese Tätigkeiten keine Sozial-
versicherungspflicht besteht,
weil das dafür gezahlte Entgelt
von der Lohnsteuer und von
der Beitragspflicht zur Sozial-
versicherung befreit ist,
- c) polytechnischer Unterricht in der Betriebs-
Betrieben, Lehrwerkstätten leiter oder
usw. der Schul-
leiter.“

§ 2

Diese Anordnung tritt am 1. Juli 1965 in Kraft.

Berlin, den 16. Juni 1965

Der Minister für Gesundheitswesen

I. V.: Dr. Gehring
Staatssekretär

• Anordnung Nr. 1 (GBl. II 1963 Nr. 1 S. 2)